

BD / Postulat SP-GRÜ-Fraktion vom 30. November 2015

Klimaschutz: Auch der Kanton St.Gallen muss Verantwortung übernehmen!

Antrag der Regierung vom 26. Januar 2016

Nichteintreten.

Begründung:

Mit Verweis auf den Weltklimagipfel in Paris im Dezember 2015 verlangt die SP-GRÜ-Fraktion die Erstellung einer Auslegeordnung mit Handlungsmöglichkeiten für mehr Klimaschutz auf Stufe Kanton.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus 195 Ländern haben an der 21. Klimakonferenz in Paris ein für alle Staaten rechtlich bindendes Abkommen verabschiedet. Das Abkommen sieht vor, dass alle Länder ein Reduktionsziel ausarbeiten und bekanntgeben und dieses in 5-Jahres-Zyklen überprüfen. Die bisherige strikte Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entfällt weitgehend. Damit werden alle grossen Emittenten in die Pflicht genommen, eine aus Schweizer Sicht unverzichtbare Voraussetzung für die künftige Klimapolitik.

Der Umfang der im Abkommen genannten Verpflichtungen reicht nicht aus, um den Anstieg der globalen Erwärmung auf klar weniger als 2 Grad zu begrenzen. Die in Paris definierten Grundlagen müssen deshalb in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden.

Die Schweiz hat sich anlässlich der Konferenz verpflichtet, bis zum Jahr 2030 ihre Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Wie die Ergebnisse der Konferenz konkret in die schweizerische Klimapolitik zu überführen sind, werden Bundesrat und Bundesversammlung bei der Beratung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen für die Jahre 2020 bis 2030 festlegen. Gestützt auf diese eidgenössischen Beschlüsse wird sich nachfolgend die Frage stellen, ob und welche neuen Massnahmen auf Stufe Kanton allenfalls zu erlassen sind. Eine vorauseilende, unabgestimmte kantonale Auslegeordnung erachtet die Regierung als wenig zweckmässig.

Die Regierung ist sich auf jeden Fall ihrer Verantwortung, die sie in der Energie- und Klimapolitik wahrnehmen muss, bewusst. Sie ist überzeugt, dass mit dem kantonalen Energiekonzept und dem Raumkonzept Kanton St.Gallen bereits wichtige Grundlagen vorhanden sind. Mit dem Energiekonzept wird angestrebt, dass insbesondere im Gebäudebereich der Energiebedarf vermindert, die Energie effizienter verwendet, der CO₂-Ausstoss vermindert und vermehrt erneuerbare Energie verwendet wird. Das Energiekonzept setzt dabei auf einen Instrumenten-Mix aus Information / Beratung, finanziellen Anreizen und Vorschriften. Es umfasst zudem verschiedene Massnahmen zur Stärkung der Vorbildfunktion. So sind das Immobilienmanagement und die konsequente Umsetzung des Grossverbrauchermodells wichtige Beiträge zu einer glaubwürdigen Energie- und Klimapolitik. Mit dem Raumkonzept sollen Verkehr und Siedlung besser aufeinander abgestimmt werden. Weiter leisten die Agglomerationsprogramme einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz, indem sie insbesondere Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs initiieren.